

DIE LINKE. Mecklenburg-Vorpommern

Beantwortung Wahlprüfsteine PETA Deutschland e.V.

Tierschutz-Wahlprüfsteine zur Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern

1. Tiere in der Landwirtschaft

Eine Antwort der Bundesregierung (BT-DS 19/3195) ergab 2018, dass tierhaltende Agrarbetriebe in Mecklenburg-Vorpommern im Durchschnitt nur alle 19,6 Jahre durch Amtstierärzte kontrolliert werden.

Die leidvolle Schlachtung von Tieren war in jüngerer Vergangenheit wiederholt Gegenstand von bundesweiten Medienberichten. Fehlbetäubungen sind Studien zufolge an der Tagesordnung (BT-DS 17/10021).

a) Befürwortet Ihre Partei mindestens einmal pro Jahr umfassende Kontrollen von tierhaltenden Agrarbetrieben durch Amtsveterinäre verbunden mit einer entsprechenden Aufstockung der Kapazitäten?

Jährliche Kontrollen in den tierhaltenden Betrieben wären wünschenswert, können jedoch nur bei einer beträchtlichen Aufstockung der Personalbestände realisiert werden. Für eine personelle Stärkung und bessere Kontrolle treten wir ein.

b) Wird sich Ihre Partei durch konsequente Maßnahmen dafür einsetzen, dass Tierleid und Missstände in den Schlachtbetrieben des Landes ausgeschlossen werden?

Die Kontrolle in den Schlachtbetrieben muss deutlich intensiviert werden. Auch verbesserte Arbeitsbedingungen und Entlohnung der Beschäftigten dienen letztlich dem Tierwohl.

2. Verbandsklagerecht für Tierschutzorganisationen

In mehreren Bundesländern existiert bereits ein Verbandsklagerecht für Tierschutzorganisationen.

a) Wird sich Ihre Partei für ein Verbandsklagerecht in Mecklenburg-Vorpommern für anerkannte Tierschutzorganisationen einsetzen?

Wir setzen uns für die gesetzliche Verankerung und vollumfängliche Ausweitung des Verbandsklagerechts für Umwelt-, Natur- und Tierschutzvereinigungen und Einzelne im Sinne der Aarhus-Konvention ein.

3. Tierversuche / Tierverbrauch in der Lehre

Im Rahmen der Lehre an Universitäten, insbesondere für Sezierkurse, werden zahlreiche Tiere „verbraucht“ – obwohl einige Universitäten in Deutschland bereits jetzt moderne Biologie- oder Medizin-Studiengänge anbieten, ohne dass Tiere dafür getötet werden. In neun Bundesländern ist im jeweiligen Landeshochschulgesetz wenigstens festgelegt, dass die

Universitäten auf Antrag der Studierenden tierversuchsfreie Prüfungsleistungen anzubieten haben.

a) Befürwortet Ihre Partei die Aufnahme einer Wahlmöglichkeit für Studierende in das Landeshochschulgesetz Mecklenburg-Vorpommern?

Wir fordern einen verbindlichen Ausstiegsplan aus den Tierversuchen mit konkreten Schritten und festgesetzten Terminen. Tierversuche des Schweregrads »schwerst« und »schwer« müssen sofort verboten werden. Um Forschungsstandorte langfristig zu sichern, sollen Steuern nur noch in tierfreie Methoden fließen. Eine Wahlmöglichkeit für Studierende, tierversuchsfreie Prüfungsleistungen anzubieten, unterstützen wir.

b) Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass der Tierverbrauch für die Lehre in den Bildungseinrichtungen in Mecklenburg-Vorpommern generell beendet und durch moderne Methoden ersetzt wird?

Ja, Tierverbrauch für die Lehre in den Bildungseinrichtungen in Mecklenburg-Vorpommern sollte generell beendet und durch moderne Methoden ersetzt werden.

4. Jagdgesetz / Jagdpraktiken

Gemäß Landesjagdgesetz sind in Mecklenburg-Vorpommern einige tierschutzwidrige Jagdpraktiken erlaubt, die in anderen Bundesländern im Zuge von Novellierungen verboten wurden.

Totschlagfallen stehen in der Kritik, auch artgeschützte Tiere zu fangen sowie Tiere teilweise nicht sofort zu töten. Dies kann zu langanhaltendem und schwerem Leid führen.

Bei der Baujagd werden Füchse – oft über einen längeren Zeitraum – in Todesangst versetzt. Dabei kann es zu schweren Kämpfen zwischen Hund und Wildtier kommen, bei denen sich beide Tiere ineinander verbeißen und schwer verletzen.

In einigen Bundesländern sind die beiden vorgenannten Jagdpraktiken bereits weitgehend verboten.

a) Wird sich Ihre Partei für eine Novellierung des Landesjagdgesetzes nach tierfreundlichen und ökologischen Kriterien einsetzen?

Ja. Die Freizeitjagd wollen wir begrenzen

b) Wird sich Ihre Partei für ein Verbot von Totschlagfallen einsetzen?

c) Wird sich Ihre Partei für ein Verbot der Baujagd einsetzen?

Jagdmethoden, die Tiere unnötig Qual und Leid zufügen, sollten unterbunden werden.

5. Jagd auf Füchse

In Mecklenburg-Vorpommern töten Jäger jedes Jahr über 20.000 Füchse ohne den vom Tierschutzgesetz geforderten vernünftigen Grund. Füchse werden als „Jagdkonkurrenten“

angesehen. Luxemburg führte 2015 ein Verbot der Fuchsjagd ein, das aufgrund der positiven Erfahrungen verlängert wurde und weiterhin Bestand hat.

a) Wird sich Ihre Partei in der kommenden Legislaturperiode dafür einsetzen, dass Füchse in Mecklenburg-Vorpommern nicht mehr flächendeckend getötet werden dürfen?

Die Jagd Prädatoren wie Füchse sowie auf Hunde und Katzen wollen wir untersagen.

6. Ernährung und Bildung

Der durchschnittliche Konsum tierischer Nahrungsmittel liegt in Deutschland auf einem im internationalen Vergleich hohen Niveau. Dies fördert neben Tierleid auch sogenannte Zivilisationskrankheiten. Zudem zählt die Produktion tierischer Nahrungsmittel zu den umwelt- und klimaschädlichsten Industrien.

a) Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass zumindest in Einrichtungen der öffentlichen Hand täglich ein veganes Gericht zur Auswahl steht?

Wir setzen uns für ein kostenfreies und gesundes Mittagessen in Schulen ein. Dazu gehört auch aus Ernährungssicht eine Reduzierung des Fleischkonsums. Vegane und vegetarische Ernährung sollte angeboten werden. Gesunde Ernährung von Anfang trägt zur Änderung des Verbrauchsverhaltens bei.

7. Heimtierhaltung / Gefahren

Niedersachsen hat 2013 den „Hundeführerschein“ als verpflichtenden Sachkundenachweis für angehende Hundehalter eingeführt. Durch das vermittelte Wissen werden eine tiergerechte Haltung gefördert, Spontankäufe und damit einhergehende Abgaben an Tierheime reduziert sowie vor allem die Anzahl an Beißvorfällen gesenkt.

Neun Bundesländer haben durch ein Gefahrtier-/Gifftiergesetz die Privathaltung von gefährlichen exotischen Tieren verboten oder beschränkt. In Mecklenburg-Vorpommern existiert kein solches Gesetz.

a) Wird sich Ihre Partei für die Einführung eines verpflichtenden Sachkundenachweises für angehende Hundehalter einsetzen?

-

b) Wird Ihre Partei die Einführung eines Gefahrtiergesetzes auf den Weg bringen?

Ein Gefahrtiergesetz in M-V sollte geprüft werden.

8. Schutz von Fischen

Die Populationen einiger Fischarten wie Hering und Dorsch sind in der Ostsee durch Überfischung bedroht.

a) Unterstützt Ihre Partei eine Fischfangquote Null zumindest für bedrohte Fischarten?

Durch wissenschaftliche Einrichtungen (Ostseeforschungsinstitut z.B.) wird die Gefährdung von Fischpopulationen bestätigt. Gemeinsam mit den Küsten- und Kutterfischern, deren Existenz ebenfalls gefährdet ist, muss nach Lösungen gesucht werden. Die Begrenzung der Fangquoten ist jährlich zu überprüfen.

b) Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass in Gewässern des Landes Gebiete ausgewiesen werden, in denen jeglicher Fischfang verboten ist („no take zones“)?

Die Ausweisung solcher Gewässer muss in Übereinstimmung mit dem Landesnaturschutzgesetz erfolgen. Der anerkannte Naturschutzverband, „Deutscher Angelfischerverband“ ist einzubeziehen.